

Unter anderem in dieser Ausgabe:

AUS DER PARTEI: 25 JAHRE IM LIEBKNECHT-HAUS s. 2

DEBATTE: LINKE EMANZIPATORISCHE POLITIK IM OSTEN s. 4

VENCEREMOS: CHILE 1973-2023 s. 10

KULTUR: MAX KLINGER s. 12

Veranstaltungstipp

3. Linkes Skatturnier

Am 23. September geht es darum: Bleiben Leipzig, Westsachsen und Chemnitz an der Spitze der „ewigen Liste“? Das Turnier findet dezentral statt und ist offen für alle, die Lust haben.

Seite 16

Mitteilungsblatt

Ausgabe 9/2023

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



LINKE Friedensdemo am 1. September

Fotos: Kay Kamneth

Für Frieden und Solidarität

Marc Oliver LINKE beim Weltfriedenstag auf der Straße

Am 1. September fand zum Weltfriedenstag die Friedensdemonstration „Für Frieden und Solidarität – Heraus zum Weltfriedenstag“ statt. Diese Veranstaltung wurde von einem breiten Bündnis getragen, darunter DIE LINKE Leipzig, Solinetz, VVN BdA, SDS, Kommunistischer Aufbau und vielen weiteren engagierten Gruppen. Insgesamt nahmen trotz der widrigen Wetterbedingungen über 100 Teilnehmer*innen an dieser Demo teil.

Der Demonstrationzug startete am kleinen Wilhelm-Leuschner-Platz und führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die belebte Leipziger Innenstadt, bevor er an seinem Ausgangspunkt wieder endete. Die Veranstaltung war geprägt von einer kämpferischen und solidarischen Atmosphäre, in dem die verschiedenen Bündnisse ihre Anliegen und Forderungen zur aktuellen weltweiten Lage zum Ausdruck brachten.

Inhaltlich stand die Friedensdemonstration im Zeichen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine und des gefährlichen Machtstrebens der verschiedenen Machtblöcke weltweit. Zusammen mit den anderen Organisationen wurde geschlossen die nachdrücklich stetig steigende Kriegsvorbereitung kritisiert,

die sich spürbar bemerkbar macht, und die von Olaf Scholz ausgerufene „Zeitenwende“, die von einer alarmierenden Aufrüstung begleitet wird. Es war uns wichtig zu betonen, dass die Auswirkungen dieser politischen Entwicklung nicht nur nach außen großes Leid tragen, sondern auch innerhalb von Deutschland spürbar zu merken sind, angefangen bei der steigenden Inflation bis hin zum Abstieg der Mittelschicht, während die Bundesregierung dies tatenlos hinnimmt.



Stefan Hartmann spricht auf der Demo

Zu betonen ist, dass wir nicht nur Kritik äußerten, sondern auch konkrete Vorschläge für Maßnahmen präsentierten, die im Sinne des Friedens stehen. Dazu gehören die Forderung nach Nichtverwendung des Flughafens

Leipzig/Halle für militärische Zwecke, Solidarität mit allen Deserteuren und Geflüchteten sowie der Forderung nach dem Stopp der Aufrüstung und Waffenlieferungen. Neben der Forderung für einen Waffenstillstand und Deeskalation wurde auch ein Sonderfonds für Soziale Belange gefordert – 100 Milliarden für Bildung und Soziales.

Der Krieg nützt hauptsächlich der Rüstungsindustrie und Schattenbanken wie Blackrock & Co., die daraus ihre Gewinne ziehen. Diese globalen Akteure fördern eine Politik, die auf Kriegen und Konflikt basiert, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Daher ist es umso wichtiger, dass wir uns gegen die Kriegstreiber in allen Ländern richten und uns gemeinsam für eine Welt des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit einsetzen.

Wir möchten uns bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie den Unterstützenden für ihre Beteiligung und ihr Engagement für den Frieden bedanken. Diese Friedensdemonstration in Leipzig war ein gutes Signal und ein wichtiger Schritt in Richtung einer Welt, in der Konflikte durch Dialog und Kooperation gelöst werden, anstatt durch Krieg und Gewalt.

Sprechstunden & Sozialberatung

DIE LINKE vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Bei einigen Terminen ist eine vorherige Anmeldung nötig. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der Büros oder per Telefon.

Sprechstunden:

- Do. 5. Oktober 2023, 17:00 Uhr, Stadtteilladen, Georg-Schwarz-Straße 122, Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Volker Külöw
- Mo. 9. Oktober 2023, 17:00 Uhr, WKB Grünau, Stuttgarter Allee 18 Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann

Sozialberatungen:

- jeden 1. Mo. 17:00 bis 18:00 Uhr, WKB Grünau, Stuttgarter Allee 18, bitte um vorherige Terminvereinbarung unter: Tel. Nr.: (0341) 231 84 40, per Mail: soeren.pellmann@bundestag.de
- jeden Di. 17:00 bis 19:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- jeden Do. 15:00 bis 17:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 308 11 99
- jeden 1., 3. und 5. Mi. 17:00 bis 19:00 Uhr, Poliklinik, Taubestraße 2, Mail: sozialberatung-no@dielinke-leipzig.de

Mietsprechstunde:

- 3. Dienstag im Monat, 19:00 Uhr linXXnet, Brandstraße 15

Im Stadtrat:

- Fraktionssitzung: Mi. 11. Oktober 2023, 17:00 Uhr, RPL-Saal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: Mi. 18. Oktober 2023, 14:00 Uhr, Ratssaal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung (evtl. 2. Teil): Do. 19. Oktober 2023, 16:00 Uhr, Ratssaal, Neues Rathaus

Das ist unser Haus...

Bettina Lorenz Unsere Partei ist seit 25 Jahren im Liebknecht-Haus

Am 29.08. haben wir im Garten des Liebknecht-Hauses unseren Einzug vor 25 Jahren gefeiert. Außerdem markierte der 29.08. den 15. Jahrestag Hauskaufs. Rund 250 Einladungen waren im Voraus an die damaligen Spenderinnen und Spender verschickt worden, die durch ihr Engagement den Kauf und die Sanierung des Gebäudes erst ermöglicht hatten.

An einem durchwachsenen Dienstagabend kamen dann die Gäste im Garten des Hauses zusammen, um feierlich das Jubiläum zu begehen. Für das leibliche Wohl war durch Schnittchen und diverse Knabberien gesorgt, außerdem wurden Bier und verschiedene Softdrinks ausgeschenkt. Nach den Eröffnungsreden von Adam Bednarsky, Volker Külöw und Siegfried Schlegel erhob Geschäftsstellenleiter Kay Kamieth mit allen zusammen das Sektglas – auf 25 Jahre politisches Engagement an diesem historischen und für die Arbeiterbewegung integralen Ort.

Eine Diashow an der benachbarten Hauswand ließ das vergangene Vierteljahrhundert für die Anwesenden Revue passieren und erweckte viele Erinnerungen. In der geselligen Atmosphäre ergaben sich viele Gespräche über Gott und die Welt, außerdem waren die Gäste aufgefordert, ihre Ideen für die Zukunft des Hauses an eine Pinnwand zu heften. Bei so viel guter Laune konnte selbst

der einsetzende Regen die Gäste nicht davon abhalten, im Garten zu verweilen.

Insgesamt war es eine gelungene Jubiläumsfeier, die viel Freude bereitet und allen nochmal ins Gedächtnis gerufen hat, dass linke Kämpfe mitunter auch von Erfolg gekrönt sind. Saniert dank der großzügigen Spenden, ist das Liebknecht-Haus zu einem Zentrum der parteipolitischen Arbeit für uns hier in Leipzig geworden, welches viel mehr Möglichkeiten als angemietete Büroräume bietet. So ist es Dank des vielen Platzes immer möglich, Veranstaltungen wie die Jubiläumsfeier auszurichten, und auch andere linke Gruppierungen haben hier einen Ort, an dem sie sich treffen und vernetzen können. Das Liebknecht-Haus ist über die Partei hinaus ein Schmelzpunkt von Ideen, die in diesen Wänden erst Gestalt annehmen. Allein für diese Vielfalt hat sich der Kampf um das Haus gelohnt, und gerade deswegen ist es uns um so wichtiger, es auch in Zukunft als Dreh- und Angelpunkt linker Politik zu erhalten! Auch an dieser Stelle gilt unser erneuter Dank den Menschen, die diese Entwicklung möglich gemacht haben. Ohne eure Spenden und euer Engagement wäre das Liebknecht-Haus weder unser noch halb so lebendig, wie es jetzt ist. Ebenfalls gilt unser Dank Kay Kamieth, der dieses Fest erst auf den Plan gerufen hat und sich um die gesamte Vorbereitung gekümmert hat.



Auf die nächsten 25 Jahre!

LINKE Sommerfeste in Leipzig

Marc Oliver Auch dieses Jahr haben wir als Linke traditionell zu unseren Sommerfesten verteilt in Leipzig eingeladen. Während einige der Sommerfeste bereits stattgefunden haben, stehen noch weitere in den Startlöchern. Diese Feste sind nicht nur eine Gelegenheit, um gemeinsam an der frischen Luft zu sein und das gute Wetter zu genießen, sondern auch eine Plattform für politischen Austausch und soziale Interaktion.

Die bereits abgehaltenen Sommerfeste waren bereits ein großer Erfolg und spiegelten die Lebendigkeit der Partei DIE LINKE in Leipzig wieder. Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen kamen zusammen, um sich zu vernetzen und politische Ideen zu diskutieren. Mit Anwesend bei den Sommerfesten war auch der Initiator und Mitglied des Bundestages Sören Pellmann.

Während der Sommerfeste haben Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit genutzt, um

mit Sören Pellmann ins Gespräch zu kommen. Dabei wurde über eine Vielzahl von Themen diskutiert, darunter auch über die Umsteuern Kampagne der LINKEN. Diese Kampagne ist eine Initiative, die sich für eine gerechtere Verteilung von Wohlstand und die Besteuerung von Vermögen von Superreichen einsetzt, um soziale Ungleichheit zu diskutieren. Pellmanns offener Dialog und sein Engagement für Anliegen der Bürgerinnen und Bürger trugen dazu bei, die Verbindung zwischen ihm als Bundestagsabgeordneten und der Gemeinschaft zu stärken und verdeutlichen die Bedeutung des direkten Austauschs.

In Zeiten, in denen der politische Dialog oft von Spannungen und Polarisierungen geprägt ist, sind solche Sommerfeste ein erfrischender Gegenentwurf und zeigen, dass Politik nicht nur aus Meinungsverschiedenheiten besteht, sondern auch aus Gemeinschaft und Zusammenhalt. Beson-

ders erfreulich war auch, dass viele Kinder an diesen Festen teilgenommen haben. Sie hatten besonders viel Spaß an Attraktionen wie der Hüpfburg, dem Glücksrad und natürlich auch dem Slush-Eis-Stand und an der Zuckerwatte.

Die Sommerfeste der LINKEN haben bereits in verschiedenen Stadtteilen stattgefunden. In der ersten Augustwoche lud DIE LINKE in Grünau, Großzschocher und im Zentrum Südost ein und in der zweiten Augustwoche nach Probstheida, Stötteritz und erneut in Grünau. Wir freuen uns, dass die Sommerfeste auch dieses Jahr wieder ein voller Erfolg waren und laden Sie herzlich zu den noch kommenden Sommerfesten ein.

Ein herzlicher Dank geht darüber hinaus an alle unsere engagierten ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die mit ihrem Einsatz das Sommerfest erst möglich gemacht haben. Euer Engagement ist unbezahlbar!

Sommerfest im Lene-Voigt-Park



Die Linke und der Osten – linke emanzipatorische Politik in Ostdeutschland, aber wie?

InXXnet-Kollektiv Die gesellschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland sind auch über 30 Jahre nach der Wende andere als in Westdeutschland. Die krassen Erfahrungen ökonomischer Umwälzung, Enteignung und Delegitimierung von Lebenswegen und -erfahrungen einerseits, ein Mangel an Demokratieerfahrungen und weit verbreitete menschenfeindliche Einstellungen andererseits, prägen den Osten bis heute und werden es noch lange tun. Der Umgang mit dem Osten und den Menschen im Osten ist weiterhin ein großes Thema von Wissenschaft und Politik. Insbesondere extrem rechte Akteure beziehen sich auf 1989 und adressieren eine Ostidentität, um gegen Marginalisierung zu hetzen. DIE LINKE hat keine Antworten, wie mit Forschungsergebnissen zu und Beschreibungen von Ostdeutschland umgegangen werden soll. Ihre Relevanz im Osten sinkt, ihre Antworten auf die Brüche in Ostdeutschland bleiben unterkomplex. Wir wollen in die Debatte kommen um Antworten näher zu kommen und eine Basis für eine kluge Ostdeutschlandpolitik von links zu entwickeln, eine die den verschiedenen Facetten von Vergangenheit und Gegenwart gerecht wird. Wir haben Inputgeber*innen eingeladen, die sich wissenschaftlich, analytisch, oder politisch von diversen Perspektiven dem Gegenstand nähern. Wir wollen uns den Fragen der Ökonomie widmen, uns neuere kulturelle Zugänge anschauen und (post-)migrantische Perspektiven erörtern.

Deswegen luden wir zur einer Paneldiskussion am Freitag, den 8. September 2023, ein. Mit dabei war Dominik Intelmann (Humanograph, Goethe-Universität Frankfurt/Main) der die ökonomische Ungleichheit in Ostdeutschland thematisierte. Lena Sanıye Güngör (Psychologin, Ethikerin, Mitglied des Landtages Thüringen für DIE LINKE), die von einer migrantischen Perspektive auf das Aufwachsen in Ostdeutschland sprach. Katalin Gennburg (Urbanistin, Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin für DIE LINKE) stellte die Frage: „Wem gehört der Osten?“ Und zum Schluss Jonas Brückner (Kulturwissenschaftler, Universität Freiburg) der über die moderne Popkultur aus Ostdeutschland sprach und die zunehmende Thematisierung der eigenen Erfahrungen in Ostdeutschland.

Dabei stand über allen unsere sechs Thesen, die wir auch hier zur Diskussion stellen wollen.

These 1

Einerseits sind die gesellschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland andere als in Westdeutschland: Die Folgen der Eingliederung der DDR, bspw die weit verbreitete

Arbeitslosigkeit im Zuge der Deindustrialisierung des Ostens nach 1990, sind heute immer noch spürbar; ablesbar u.a. an der Zahl der Langzeitarbeitslosen, Altersschnitt & Abwanderung. Die Eigentumsverhältnisse im Osten sind anders gelagert, zugespitzt formuliert: Der Osten gehört dem Westen. (Immobilien, Firmen, Kapital). Die (fehlenden) Demokratieerfahrungen im Osten, weit verbreitete autoritäre und rassistische Einstellungen, und rechte bishin zu neonazistischen Mobilisierungen – kombiniert mit der Abwesenheit staatlicher Ordnungssysteme in den Jahren nach der Wende – wirken ebenfalls bis heute nach (und werden dies noch lange tun).

Dies wird verschiedentlich negiert, bzw. werden spezifisch ostdeutsche Erfahrungen nicht ernst genommen. Diese Erfahrungen sichtbar zu machen, mussten (und müssen) sich Ostdeutsche erkämpfen, auch dann, wenn sie die Kategorie "Ostdeutsch" garnicht als Teil ihrer Identität für sich herausstellen wollen. Andererseits wollen diverse Apologet*innen ostdeutscher Identität diese zu einer Art Ethnie erweitern. (Stichworte: "Ostdeutschlandforschung", "Ossiquote", "Diskriminierung von Ostdeutschen"; die Debatte um die Studie von Prof.Dr. Naika Foroutan: Ost-Migrantische Analogien (Vergleich der Erfahrungen von Ostdeutschen und Migrant*innen))

These 2

Nach 90 kam es zu gesellschaftlichen und biografischen Umwälzungen in Ostdeutschland, die bis heute andauern oder Auswirkungen haben. Arbeit, Wohnen, Schule, Familie, Studium, Zukunft, waren von heute auf morgen anderen Prinzipien unterworfen. Betriebe wurden privatisiert und in der Regel danach geschlossen, obwohl Betriebsangehörige nicht die Chance hatten, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Studienabschlüsse wurden nicht anerkannt, Menschen aus ihren Berufen ausgeschlossen, sie mussten woanders Arbeit suchen, da in Ostdeutschland in den 90ern Massenarbeitslosigkeit herrschte. Häuser, in denen Menschen wohnten, wurden verkauft, natürlich hatte keine*r der darin Lebenden Kapital, um es selbst zu kaufen, Besitzverhältnisse verlagerten sich in den Westen. Die Lebensarbeitszeit Ostdeutscher wird auch heute nicht komplett anerkannt und spiegelt sich in schlechteren Renten wieder.

These 3

DIE LINKE hat, weil die PDS eine der Parteien war, die DIE LINKE gegründet hat, das Erbe der SED mitgenommen. Eine Kritik der DDR aus der Sicht von demokratische

Sozialist*innen ist deshalb der ostdeutschen LINKEN wichtig. Hier ist auch davon zu reden, dass die DDR kein sozialistisch-libertärer, "Guter Staat" war, sondern extreme Hierarchien, Abhängigkeiten, Vasallentreue, schwarz-weiss/Freund-Fein-Denken etc

DIE LINKE ist in Ostdeutschland eine Partei, die Wahlergebnisse wie eine Volkspartei bekommen hat. Die meisten Abgeordneten der LINKEN kommen aus Ostdeutschland, das ist ein Spezifikum DER LINKEN. Für DIE LINKE war (und ist) der Osten das Fundament.

These 4

Es gibt ein neues Verständnis der Generation, die die Wendeerfahrung durch ihrer Eltern vermittelt bekam, aber die Wende nicht selbst durchlebt hat. Arbeit, Wohnen, Schule, Familie, Studium, Zukunft hat sich für diese Generation nicht von heute auf morgen verändert, aber sie wissen, dass es anders ist, als zur Zeit ihrer Eltern.

Ostdeutsche Eigentumsverhältnisse, Arbeitskämpfe, Kämpfe um Erfahrungen werden inzwischen erforscht und beschrieben von Akteur*innen, die unter 40 sind.

These 5

Die ostdeutsche Identität wird derzeit von AfD bis CDU beschworen, um Autoritarismus und Rassismus in Ostdeutschland zu verharmlosen und nicht über Ungleichheiten reden zu müssen. Sie beziehen sich auf die Biografien der sogenannten "Wendeverlierer*innen", um gegen Marginalisierte zu hetzen (AfD) oder vom eigenen politischen Versagen abzulenken (CDU). Bewegungen berufen sich auch auf 1989, um autoritäre Umsturzphantasien zu propagieren. Prägend für rechte "Karrieren" in Ostdeutschland sind für die Wendegenerationen hier auch die Erfahrungen, dass die Politik das Grundrecht auf Asyl im Zuge der Pogrome in Rostock und Hoyerswerda, etc. abschaffte. Gern wird dann so getan, als wäre dies auch die ostdeutsche Identität und damit verschwiegen, dass es linke und antirassistische Aktivist*innen gab und gibt, die bereits zur Wende aktiv waren. Bis heute wird gern verschwiegen, dass während und nach der Wende auch Faschos bei den Montagsdemos zu finden waren.

These 6

DIE LINKE hat keine Antworten, wie mit Forschungsergebnissen zu und Beschreibungen von Ostdeutschland umgegangen werden soll. Was sind Lösungsansätze, um die Probleme anzugehen? Wie geht DIE LINKE damit um, dass Faschist*innen eine Ostidentität anrufen, aber nicht um Ungleich-

heiten zu beseitigen? Was machen mit den Menschen, die quasi nach Beherrschung schreien, die Biografiebrüche und Abwertungserfahrungen haben, dies aber nicht als Moment der Empathiefähigkeit nutzen, sondern um Marginalisierten und Vereinzelt mindestens das anzutun, was auch ihnen angetan wurde, oder was sie glauben, was ihnen hätte angetan werden können.



Eindrücke vom Hearing

Foto: la-presse.org

Hearing „Polizeilicher Ausnahmezustand, Grundrechtseinschränkungen & Kriminalisierung in Leipzig“

Juliane Nagel Am 7. Juli 2023 lud das linXXnet-Kollektiv zum öffentlichen Hearing im Werk2. Thema waren die Geschehnissen nach dem Urteil im Antifa Ost -Verfahren am 31. Mai in Dresden und um das Demowochenende am 3./4. Juni in Leipzig, dem so genannten "Tag X". Ziel des Hearing war es die Erfahrungen verschiedener Sprecher*innen mit Ereignissen zusammen mit dem Publikum als Reflexions- und Diskussionsforum zu bündeln. In jener Woche hatte es weiträumige Demonstrationsverbote gegen Meinungsbekundungen zum Urteil gegen vier Antifaschist*innen gegeben. Am Samstag, 3. Juni war die Lage eskaliert, über 1300 Menschen wurden bis zu 11 Stunden in einem Polizeikessel am Heinrich-Schütz-Platz in der Südvorstadt festgehalten worden.

Das öffentliche Interesse am Thema war groß, über 250 Menschen kamen im Werk2 zusammen und blieben bei der über zweistündigen Veranstaltung, die vom Republikanischen Anwalt*innenverein (RAV) und dem Komitee für Grundrechte & Demokratie unterstützt wurde. Verschiedene Initiative wie die Rote Hilfe/ Ermittlungsausschuss, Leipzig nimmt Platz oder die Gruppe "Out of action" stellten sich u.a. mit Infoständen vor.

Zunächst sprachen die Rechtsanwält*innen Rita Belter und Christian Mucha über den Prozess in Dresden, der über anderthalb Jahre gelaufen war. Beide hatten Beschuldigte im Antifa Ost - Verfahren vertreten und schilderten eindrücklich über den unfairen

Prozess und den Verfolgungseifer von Sicherheitsbehörden und Verurteilungswillen der Justiz.

Der Jurist Jonathan Schramm unterzog sodann die Versammlungsverbote durch die Stadt Leipzig einer kritischen Betrachtung und legte dar, dass er sie juristisch grenzwertig, mindestens aber demokratieschädlich beurteilt.

Im Anschluss wurde der Polizeikessel thematisiert: Demosanitäter, Eltern gegen Polizeigewalt, der Sozialarbeiter Tobias "Pudding" Burdukat kritisierten pointiert die Maßnahme der Umschließung von derart vielen Menschen über eine so lange Zeit, darunter auch über 100 Minderjährige. Die Eltern gegen Polizeigewalt berichteten zudem von ihrem Gespräch mit dem Leipziger Polizeipräsidenten aufgrund der Repression gegen ihre Kinder bei den rechten Montagsdemonstrationen in der Stadt und der Antwort, die sie vom Oberbürgermeister Jung erhalten haben. Jung hatte alle Betroffene des Kessel noch an dem Wochenende zu "Chaoten" und Straftätern erklärt. Nach der Runde schilderte der Rechtsanwalt Max Malkus wie rechtstaatlich fragwürdig an diesem Wochenende die Haftanhörungen im Amtsgericht Leipzig abgelaufen waren, 11 Menschen kamen für zwei Wochen in Untersuchungshaft, weil ihnen in dieser Woche unterschiedlichen Straftaten vorgeworfen wurden.

Die punktgenaue politische Einordnung des ganzen Komplexes lieferte der Journalist Thorsten Mense zum Ende des Hearings,

er mahnte vor allem die Ereignisse des Wochenendes nicht singulär zu begreifen: "Die Repression wiederum steht in einem größeren Kontext, nämlich des Rechtsrucks, oder der autoritären Formierung der Gesellschaft, die sich schon seit Jahren vollzieht, und die in Sachsen ist besonders deutlich zu spüren ist."

Als LINKE werden wir die Ereignisse dieses Wochenendes weiter kritisch aufarbeiten, sowohl im Parlament als auch gesellschaftlich: Zum jetzigen Stand 1321 Personen, die an jenem Samstag bis in die frühen Morgenstunden eingekessel waren, sind mit Ermittlungsverfahren wegen des besonders schweren Falls des Landfriedensbruchs überzogen, zahlreiche andere Menschen mit weiteren Strafverfahren. Hunderte Handys wurden in dieser Nacht beschlagnahmt. Stückchenweise hat der Leipziger Polizeipräsident Fehler eingeräumt. Dass es das Recht auf Versammlungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung sind, die in diesen Tagen in Leipzig heftig ins Wanken gekommen sind, und dass diese behördlichen Entscheidungen zutiefst politisch motiviert waren, darf nicht aus dem Blick geraten. Das Hearing hat zu dieser Bewusstseinsbildung und an der Organisation von Betroffenen und kritischen Stimmen einen wichtigen Beitrag geleistet.

Auf dem Youtube-Account vom linXXnet können einzelne Beiträge des Hearings nachgeschaut werden.

Eine eigene Wohnung bleibt das Ziel

Siegfried Schlegel Am Montag, den 11. September fand im Rahmen des bundesweiten auch der Leipziger Tag der Wohnungslosen auf dem Nikolaikirchhof statt. In diesem Jahr stand der Aktionstag unter der Losung „Spende eine Wohnung“. Verbunden war er mit der Forderung der AG an Vermieter*innen und Wohnungsgenossenschaften, mehr bezahlbare Wohnungen für wohnungslose Menschen in Leipzig bereitzustellen. Zahlreiche Träger mit ihren Angeboten für wohnungslose Menschen in einer „Hilfstraße“ vor. So war es naheliegend, dass die Teilnehmer zusammen mit der Kirchgemeinde auch ein Friedensgebet in der Nikolaikirche gestalteten, in dem sie in ihren Fürbitten auf aktuelle Herausforderungen bei der Überwindung von Wohnungslosigkeit eingingen und Forderungen formulierten.

Die Leipziger AG Recht auf Wohnen ist ein Zusammenschluss von Mitarbeiter*innen aus Einrichtungen und Diensten der sozialen Arbeit, der Stadtverwaltung sowie Vertreter*innen der Stadtratsfraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Verbindendes Grundinteresse der AG ist seit

1993 die Verhinderung und Beseitigung von Wohnungslosigkeit sowie deren Ursachen und Folgen. Ziel ist, die Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit in Leipzig zu beenden! Vertreter der Linksfraktion im Stadtrat ist Siegfried Schlegel von Anbeginn. Im Laufe der Jahre wurden zahlreiche Veranstaltungen und Aktionstage in Leipzig gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit organisiert. Seit 2018 beteiligt sich die Leipziger AG Recht auf Wohnen am bundesweiten Aktionstag. Ausgerufen wird er deutschlandweit von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W e.V.). Diesmal war Dr. Stefan Schneider von der Wohnungslosen-Stiftung eingeladen, zur Eröffnung über die Situation der Wohnungslosen in Deutschland zu sprechen. Die Leipzigerinnen und Leipziger sowie Gäste der Stadt waren eingeladen in einer „Küche für alle“ gemeinsam zu kochen und an der „Utopischen Tafel“ gemeinsam zu speisen und mit den Akteuren ins Gespräch zu kommen. Volker Külöw überreichte namens der Linksfraktion einen Spendenscheck der Fraktionsmitglieder in Höhe von 200 Euro an den Quelle e. V., der in der Grünauer Garskestraße, um eine

weitere Wohnung für eine Wohngemeinschaft für 3 von Wohnungslosigkeit Betroffene vorzurichten.

Der Wohnungsmarkt in Leipzig ist deutlich angespannt, weil seit Jahren, trotz Bevölkerungswachstums viel zu wenige Wohnungen neu gebaut und viele leer stehende Wohnungen nicht saniert werden. Das hat zur Folge, dass viele wohnungslose Menschen in unserer Stadt keine bezahlbare Wohnung finden. Die Stadtratsfraktion DIE LINKE (früher PDS) engagiert sich ununterbrochen seit deren Gründung in der Leipziger „Arbeitsgemeinschaft Recht auf Wohnen“, die sich als Netzwerk zur Verhinderung und Beseitigung von Wohnungslosigkeit einschließlich deren Ursachen und Folgen in Leipzig versteht beteiligte sich schon seit 1991 an organisierten Aktionen. Trotz der vielfältigen Angebote verschiedener Akteure zur sozialen Unterstützung, die auch zukünftig unverzichtbar sind, hat DIE LINKE das Ziel, die Verhinderung von Wohnungslosigkeit und die Vermittlung bei eingetretener Wohnungslosigkeit in eine eigene dauerhaft bezahlbare Wohnung mit eigenem Mietvertrag.

Stadtratsnotizen

Siegfried Schlegel Bericht vom Stadtratsgeschehen im Juli

Beschlüsse für Kommunalwahlen 2024

Für die Kommunalwahlen 2024 wurden die Einteilung Stadtratswahlkreise sowie die Zahl der Stadtrats und Ortschaftsratsmitglieder beschlossen, die sich an der Bevölkerungsverteilung orientieren.

Beschlüsse zu Bebauungsplänen und Fördergebieten

Für das ehemals gewerblich geprägte B-Plangebiet Hugo-Aurig-Straße/Gaswerksweg in Engelsdorf wurde der Billigungs- und Auslegungsbeschluss gefasst. Die ca. 6,22 ha große innerstädtische Fläche soll durch eine städtebauliche, funktionale und freiräumliche Neuordnung revitalisiert und nachhaltig entwickelt werden. Ziel ist die Schaffung eines neuen Zentrums mit breiter Nutzungsmischung von Wohnen, Dienstleistungen, ortsansässigem Gewerbe, Gemeinbedarfsflächen und unterschiedlichen Naeinkaufsmöglichkeiten vor Ort. Neben über 100 Wohnungen und altengerechtem Wohnen soll es dort eine Kita, ein Ärztehaus und diverse Einzelhandelsangebote geben. Beschlossen wurde das aus dem Europäischen Sozialfond (ESF) geförderte Stadtentwicklungsgebiet Schönefeld/Mockau wurden in

den Grenzen sowie ein Handlungskonzept sowie ein Kosten- und Finanzierungskonzept für die Jahre 2022-2028. Für das B-Plangebiet Gerichtsweg/Täubchenweg wurde das befristete besondere Verkaufsrecht zugunsten der Stadt beschlossen, um auf dem Areal den Bau von Gemeinschaftseinrichtungen zu ermöglichen.

Am Torgauer Platz Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren?

Eine Beschlussvorlage der Stadtverwaltung für den Tausch eines kontaminierten Grundstücks auf dem Torgauer Platz gegen vier kommunale Grundstücke ohne zeitliche Bauverpflichtung und Baulastfreistellung, um dort in den kommenden Jahren eine Gemeinschaftsschule neu zu bauen, erhielt keine Mehrheit im Stadtrat. Der Änderungsantrag der Linksfraktion zur zeitlichen Bauverpflichtung und Baulastfreistellung erhielt leider keine Mehrheit. Während private Investoren die Beseitigung von Grundstückskontamination in Sachsen Förderung erhalten können, wird dies dem Kommunen bisher versagt. Nunmehr muss nach Alternativen gesucht werden, um zumindest eine weitere Grundschule für Neustadt-Neuschönefeld und Volksmars-

dorf neu zu bauen. Im Gegensatz zu weiterführenden und Berufsschulzentren sind Grundschulen mit ihrem Standort immer an ihren Grundschulbezirk gebunden. In dichten innerstädtischen Gebieten wird es in der Stadtentwicklung nicht ohne kreative Kompromisslösungen abgehen. Aber Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren kann keine Lösung sein.

Freiladebahnhof Eutritzscher Str. / Delitzscher Straße

Jeweils mit großer Mehrheit stimmte die Ratsversammlung dem Städtebaulichen Vertrag und dem Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 416 „Freiladebahnhof Eutritzscher Str. / Delitzscher Straße“ zu. In der Debatte wurde daran erinnert, dass die Deutsche Bahn 2005 das Areal für 2,1 Mio. Euro verkauft hatte. Der jetzige Eigentümer erwarb es 2020 für 210 Mio. Euro. Im ebenfalls beschlossenen Städtebaulichen Vertrag haben Investor und Stadt vertraglich geregelt, welche Straßen, stadttechnische und Grünanlagen durch den Investor zu bauen und an die Stadt zu übergeben sind, bzw. öffentlich gewidmet werden.

Für uns ist die Vermittlung in eine Wohnung ein unverzichtbarer Schritt. Gleichzeitig gilt es aber die Menschen auf freiwilliger Basis auch im Rahmen des Leipziger Wohnprojektes „Eigene Wohnung“ zu befähigen, die Anforderungen aus dem Mietvertrag zu erfüllen und dabei auf freiwilliger Basis Hilfe zu nutzen. Wohnungen sollen nicht nur durch die LWB und in Grünau, sondern auch in anderen Stadtteilen und in Kooperation mit anderen Vermietern wie Wohnungsbau-Genossenschaften oder privaten Vermietern angeboten werden.



So könnte eine Sommerstraße aussehen

Foto: Dirk Apitz

Bürgerinitiative Sommerstraßen stellt sich vor

Dirk Apitz Wir wollen eine Stadt für Menschen nicht für Autos. Mit der Sommerstraße in der Hähnelstraße soll ein Raum für Begegnung statt Autos geschaffen werden. Für Kinder die vor ihrer Haustür spielen können, Nachbar*innen die sich auf Kaffee und Kuchen treffen, Kultur und vieles mehr. Wir wollen, dass die Straße ein Raum für Bürgerinnen und Bürger wird ihre Stadt aktiv zu gestalten. In den Sommermonaten soll die Straße frei von privaten Autoverkehr werden und stattdessen Raum für Utopien bieten.

Essbare Gärten zum entspannen, Spielmöglichkeiten vor der Haustür, Tauschläden, gemeinsame Abendessen oder andere Träume können direkt vor der Haustür realisiert werden. Das Pilotprojekt in der Hähnelstraße soll Möglichkeiten der Umnutzung des städtischen Raums aufzeigen und so einen solidarischen Weg in eine autofreiere Zukunft aufzeigen. Sommerstrassen in Deutschland gibt es bereits erfolgreich in München, Berlin oder Hamburg. Wir, eine Parteiunabhängige Bürgerinitiative, klingeln auf der Strasse an

Türen, reden mit den Anwohner*innen und haben zum PARKingday die Sommerstrassen demonstriert. Wir suchen auch weitere Menschen die sich dafür begeistern können oder vielleicht kennt ihr auch in eurem Stadtteil eine gute Strasse, wo die Sommerstrasse sich anbietet? Denn wir wollen nicht nur die Hähnelstrasse die Verkehrswende bewerben. Dann schreibt uns oder Für weitere Informationen oder Fragen an:

📍 www.sommerstrassen.de

Notunterbringung wohnungsloser Männer

Eine in der Vergangenheit vielfältig genutzte Gemeinschaftsunterkunft in der Döllitzer Helenenstraße, soll kurzfristig der Notunterbringung wohnungsloser Männer dienen. Neben der Übernachtungsunterbringung soll der Betreiber den Klienten auch soziale Unterstützung leisten. Die Bereitstellung der dafür notwendigen außerplanmäßigen Aufwendungen durch Deckung aus anderen Kostenstellen des Sozialamtes wurde dazu beschlossen

Planungs- und Baubeschlüsse für Kitas und Schulen

Einstimmig fasste der Rat die Planungsbeschlüsse zur Sanierung der Kita Louis-Fürnberg-Straße 19 in Sellerhausen-Stünz mit 54 Kindergarten- und 30 Kinderkrippenplätzen sowie für die Sanierung und Erweiterung des Gebäudes Andromedaweg 25 in Grünau-Nord (WK 7) zu einer Förderschule. Für den Neubau eines Interims mit ca. 100 Plätzen sowie die Komplexsanierung der Kindertagesstätten im Kantatenweg 41 A und B in Kleinzschocher mit derzeit 111 bzw. 134 Plätzen in Kleinzschocher wurde ebenso der Planungsbeschluss gefasst.

Zukünftig Arbeitsrechtsverhältnisse an der Musikschule

Der Stadtrat beschloss einstimmig eine überplanmäßige Aufwendung zur Finanzierung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse sowie der Absicherung der Sozialversicherungspflicht für Honorarverhältnisse an der Musikschule.

Bequeme Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum

In der Fassung des Verwaltungsstandpunktes beschloss der Stadtrat einstimmig, dass bei der Novellierung des Ausstattungskataloges für den Öffentlichen Raum sowie des gesamtstädtischen Sitzbankkonzeptes die Bedürfnisse älterer Personen und Menschen mit Behinderungen für bequeme Sitzgelegenheiten stärker berücksichtigt werden. Das Jugendparlament hatte ursprünglich vorgeschlagen „defensive Architektur zu bekämpfen“ und dabei unterstellt, dass in der Stadt nicht menschenfreundlich gedacht und geplant würde.

Leipziger Weihnachtsmarkt auch auf dem Burgplatz

Der Stadtrat beschloss die Vergabe einer

Dienstleistungskonzession zur Mitausrichtung des Weihnachtsmarktes auch auf dem Burgplatz. Aus der Linksfraktion kam einst der realisierte Vorschlag auf Baumpflanzung auf dem Platz zu verzichten und diese stattdessen zusätzlich in den angrenzenden Seitenstraßen pflanzen. Ebenso sollte auf der befahrbaren Pflasterfläche durch ein zweifarbiges Mosaik an die beim Bau der Tiefgarage freigelegten Fundamente der einstigen Pleißen-Vorburg zu erinnert werden. Damit wurde es möglich, dass auf der gewidmeten Fußgängerfläche auch Veranstaltungen organisiert werden können. Der aktuelle Vorschlag von Bündnis 90/Grüne, dass der Weihnachtsmarkt auf dem Burgplatz einen internationalen Charakter erhält, wurde angenommen.

Neue Sucht- und Drogenpolitische Leitlinien

Mit einer Gegenstimme wurden neue Sucht- und Drogenpolitische Leitlinien beschlossen, welche aktuellen Bestrebungen zu Gesetzesänderungen zu Drogen berücksichtigen. Durch einen Maßnahmenplan sollen die zielgruppenspezifischen Handlungsschwerpunkte umgesetzt werden.

Natürlich müssen wir unsere Heizungssysteme sanieren!

Juliane Nagel, Marco Böhme & Michael Neuhaus Um die Energiearmut von morgen zu verhindern.

70 Prozent der Ölheizungen und 60 Prozent der Gasheizungen in Deutschland sind älter als 20 Jahre. Sie werden in den kommenden Jahren ausgetauscht werden müssen. Für die, die nicht an das städtische Fernwärmenetz angeschlossen sind, ist das ein Dilemma. Wird die alte Öl- oder Gasheizung gegen eine moderne, erneuerbare Anlage ausgetauscht, werden die teils enormen Investitionskosten oft auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt. Die Miete steigt. Wird sie nicht ausgetauscht, drohen aufgrund der Preissteigerungen fossiler Energieträger hohe Nebenkosten und Warmwasser und Wärme könnten in Zukunft unbezahlbar werden. Schuld ist die verschlafene Wärmewände von Bund und Land. Wir wollen daher die Wärmewende beschleunigen – sozial gerecht!

Einen ersten möglichen Schritt in die richtige Richtung macht aktuell die Stadt Leipzig auf Antrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. Sie prüft ein Förderprogramm „Energieeffizienz mit stabiler Miete“. Die Idee dahinter ist simpel: wo energetisch saniert oder die Heizung getauscht werden muss und vor allem da, wo Bund und Land eine Politik machen, die die Mieten nach oben treibt, greift die Stadt mit einer zusätzlichen Förderung unter die Arme. Dafür verpflichtet sich der Eigentümer, die Miete stabil zu halten und die Kosten nicht auf die Mieterinnen und Mieter abzuwälzen. Das dafür notwendige Geld haben wir im städtischen Haushalt bereits eingestellt.

Doch die Stadt kann die Symptome der

kränkenden Wärmewende nur lindern. Das reicht uns nicht! Bund und Länder sind gefragt.

Unsere Forderungen an die Landes- und Bundesregierung:

1. Die Modernisierungsumlage für Vermieter gehört abgeschafft und eine Mieterschutzklausel eingeführt. Die Kosten von energetischen Sanierungen dürfen nur so weit umgelegt werden, wie diese sie zu Energieeinsparungen führen (warmmietenneutrale Sanierung). Wer heute noch eine fossile Heizung einbaut, sollte die Kosten dafür grundsätzlich nicht auf die Mieterinnen und Mieter umlegen dürfen!
2. Bislang gilt oft: Je ärmer die Betroffenen, desto schlechter die Energieeffizienz des Gebäudes. Das bedeutet, dass diejenigen am meisten heizen, die am wenigsten Geld dafür haben. Dieses ungerechte System müssen wir umkehren und dort energetische Sanierungsmaßnahmen fördern, wo besonders viele Mieterinnen und Mieter mit geringen Einkommen leben.
3. Gezielte Förderungen für Eigenheimbesitzerinnen und kleine, gemeinwohlorientierte Vermieter statt für Immobilienkonzerne: Anstatt pauschaler Förderbeträge für einen Heizungstausch fordern wir progressiv wirkende Programme, die sozial gerecht wirken. Arme Haushalte müssen vom Klimaschutz besonders profitieren.
4. Strom- und Gassperren gehören

abgeschafft – niemand darf aufgrund von Schulden bei den Energieversorgern seine Wohnung verlieren.

5. Es braucht eine Neubemessung der Regelsätze entsprechend der tatsächlichen Kosten für Sozialleistungsempfängern für Strom und Wärme.
6. Keine Haus-Für-Haus-Lösungen mehr: Es braucht eine kommunale Wärmeplanung auf Quartiers- und Siedlungsebene sowie Sanierungsbeauftragte, die Kommunen und Anwohnerinnen und Anwohner beraten. Dafür wollen wir nicht nur gesetzliche Vorgaben für eine zügige, flächendeckende Wärmeplanungen, sondern vor allem auch finanzielle Hilfen für die Kommunen.
7. Wohnungskonzerne dürfen nur Fördermittel für den Austausch und Sanierung alter Heizungsanlagen erhalten, wenn sie sich im Gegenzug dazu verpflichten, ihren Wohnraum sozial, also nicht-profitorientiert, zu bewirtschaften, eine Mietobergrenze einführen und Gewinne aus Mieteinnahmen in den Bestandserhalt investieren.
8. Politische Maßnahmen müssen langfristig angelegt und verlässlich sein. Um Vertrauen herzustellen und Planbarkeit zu ermöglichen, gehört auch die Vereinheitlichung und Verlässlichkeit bei Förderverfahren. Populistische Debatten und Schnellverfahren wie beim neuen Heizungsgesetz verunsichern und verhindern eine rasche Energiewende.



LINKE im Landtag beantragen selbst ermächtigende Asylpolitik

Juliane Nagel und Mark Gärtner Zwei Entwicklungen aus der Vergangenheit vorangestellt. Erstens, unterm Strich lief die Aufnahme von Menschen, die aus der angegriffenen Ukraine flohen, gut, in Sachsen allgemein, im Speziellen auch in Leipzig. Zweitens, der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer und der nicht mehr so neue Innenminister Armin Schuster, malen seit geraumer Zeit ein Bild von überlasteten Aufnahmeeinrichtungen und überforderten Kommunen, bieten aber keine Lösungsansätze oder auch Schlussfolgerungen aus der Aufnahme der Fliehenden aus der Ukraine. Genug Zeit hatten sie, denn die schrille Rhetorik begann schon vor bald zwei Jahren, im August 2021, als der belarussische Präsident begann, frei heraus Visa an Flüchtende zu vergeben. Nicht etwa, um ihnen in Belarus Schutz zu gewähren, sondern ihnen den Weg Richtung Europäische Union, zur Grenze nach Polen zu weisen.

Spätestens seit August 2021 ist die Lebenslüge zahlreicher politischer Entscheidungsträger:innen widerlegt. „2015 darf sich nicht wiederholen“, lautete es immer wieder. Das war schon immer ein Quatsch-Satz. Darin enthalten war aber der feste Wunsch, dass die Abschottungsmaßnahmen an den EU-Außengrenzen genügen würden, um die Zahl der Asylanträge in Deutschland auf ein Minimum zu drücken. Das tun sie aber nicht und Russlands Angriffskrieg hat gezeigt, dass es hin und wieder Situationen geben mag, in denen Fliehenden tödliche Grenzen gar nicht zugemutet werden wollen. Michael Kretschmer treibt auf die Spitze, was bundesweit nicht nur für Politiker:innen sondern auch viele ihrer Wähler:innen gilt: die Realitätsverweigerung setzt sich fort. Michael Kretschmer jedoch forderte zwischendurch eine Mauer in Osteuropa und nun weiter Sozialleistungskürzungen für Geflüchtete. Was verfassungswidrig sein dürfte. Die Asylpolitik von ihm und seiner Partei sieht entsprechend aus. Aufnahmeeinrichtungen des Landes, oder besser, Lager wie in Dölzig und Schneeberg, über die Geflüchtete auch nach Jahren nur mit Abscheu und Grauen sprechen, kommunale Gemeinschaftsunterkünfte, die aus Containern oder heruntergekommenen Plattenbauten bestehen, Ausländerbehörden, die, so ist es zig Mal dokumentiert worden, Integration aktiv hintergehen anstatt voranzutreiben.

Asylpolitik ist nicht alternativlos

Im Sächsischen Landtag hat die Fraktion DIE LINKE im März konstruktive Veränderungen in der Asylpolitik vorgeschlagen. Darin wurden zentrale Schlussfolgerungen aus der Reaktion auf die Ukraine-Fluchtbewegung

gezogen. Die rechtlichen Grundlagen hier – vor allem der § 24 des Aufenthaltsgesetzes über den temporären Schutz – setzen auf Selbst-Ermächtigung der Geflohenen. In diesem System gibt es die Aufenthaltserlaubnis von Anfang an, die Erwerbstätigkeit ist gestattet, Jobcenter-Leistungen können bezogen werden, Menschen haben eine Krankenversicherung, können sich schnell eine eigene Wohnung suchen. Das sind keine Selbstverständlichkeiten mit Blick auf das andere System, das Asylverfahren. Dort gibt es all das nicht, anstelle dessen zahlreiche Verpflichtung und Verbote. So sind Menschen verpflichtet, in der Aufnahmeeinrichtung und danach in der Gemeinschaftsunterkunft zu leben oder es ist ihnen verboten zu arbeiten.

Klar ist, dass auch ein Land Bundesrecht nicht brechen und nur im Rahmen des ihr Möglichen agieren kann. Das betrifft unter anderem die Arbeit der Ausländerbehörden. Über Erlasse und Verordnungen können Ausländerbehörden gelenkt werden und damit deutlich mehr Menschen in den Besitz einer Beschäftigungserlaubnis kommen. Im gleichen Atemzug können Sozialleistungskürzungen – die inzwischen sogar komplett auf Null möglich sind – komplett ausgeschlossen werden und anstelle dessen die elektronische Gesundheitskarte für alle eingeführt werden.

Sachsen hat zahlreiche, eigene, aber leerstehende Liegenschaften. Die könnte es den Kommunen zur Verfügung stellen. Die Aufenthaltszeiten in den landeseigenen Aufnahmeeinrichtungen können deutlich verkürzt, Wohnsitzauflagen gestrichen werden.

Das sind nur einige der Maßnahmen, die die LINKE im Landtag auflistet, die eine Staatsregierung sofort angehen könnte.

Auch bundespolitisch ließe sich einiges an Konstruktivem fordern, anstatt sich als überforderter Scharfmacher der Republik zu blamieren. Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes – also der Sozialleistungen unterhalb Hartz IV – zum Beispiel, oder umfassende Mittel für Deutschkurse. Auch hier ist die Antrags-Liste lang.

Ankommen... und direkt beginnen

Repräsentative Aussagen zur heutigen Situation ukrainischer Geflüchteter sind bisher schwierig zu treffen. Doch gehen wir davon aus, dass ihre Gesundheit deutlich besser ist als die von Menschen im Asylverfahren, dass die Zahl derer, die innerhalb eines Jahres das B1-Deutsch-Zertifikat erlangt haben, höher ist, mehr Menschen in einer Wohnung leben und Arbeit haben oder ukrainische Kinder und Jugendliche in der Schule besser vorankommen. Warum all das nicht auch allen anderen ermöglichen? Die Fluchtbewegungen aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan sind im Schnitt jünger und männlicher als die Menschen, die aus der Ukraine flohen. Gute Lösungen lassen sich hier aber auch finden. Allein das Handwerk oder die Pflege würden sich über gezielte, politische und rechtliche Rahmenbedingungen auch für diese Personengruppen freuen. Mehr aber noch, in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften in Sachsen sind Tausende, die willens und fähig sind, mit ihrem eigenen Leben in Deutschland zu beginnen. Sofern es wegen Außengrenzen, Sanktionen und Lagern nicht schon zu spät ist.

Auch auf der Sommertour des linXXnet ein Thema: Asylpolitik



Venceremos! Chile 1973-2023



Pablo Neruda an der gleichnamigen Leipziger Schule.

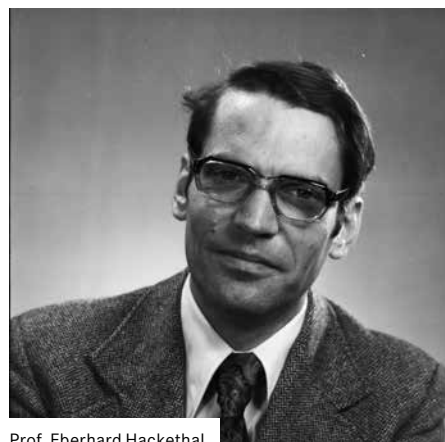
Dr. Volker Külöw Der Sturz der sozialistischen Allenderegierung in Chile am 11. September 1973 war ein weltweiter Schock für alle fortschrittlichen Kräfte. In dem Andenland herrschte nunmehr der faschistische Diktator Pinochet, der sich mit Hilfe der US-Regierung und der CIA sowie alter Nazis und dem BND an die Macht geputscht hatte. Schon in den ersten Tagen nach dem Sieg der Konterrevolution wurden tausende Menschen inhaftiert, gefoltert und ermordet, darunter der legendäre chilenische Volkssänger Víctor Jara, der mit 44 Schüssen im Stadion von Santiago getötet wurde.

Mit dem Putsch wurde blutig ein neuartiger Versuch beseitigt, Sozialismus auf demokratische Weise zu errichten. Ausgangspunkt war der Wahlsieg der Unidad Popular (UP) – ein Bündnis aus sechs linken Parteien – am 4. September 1970 gewesen. Sofort nach der Amtseinführung am 4. November 1970 startete die Regierung des Marxisten Salvador Allende von der Sozialistischen Partei eine Reihe bemerkenswerter Maßnahmen. Wichtige Industriezweige wie der Kupferbergbau wurden verstaatlicht und hinter dem Schlagwort „Nacionalisation“ verbarg sich ein breit angelegter Wirtschaftsplan. Zu den ersten sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung zählte ein kostenloser halber Liter Milch für alle Kinder. Diese Politik zugunsten der Interessen breiter Volksmassen erzeugte in Washington Weißglut. Erhebliche Sanktionsmechanismen wurden vom US-Imperialismus in Kraft gesetzt; einer der Drahtzieher war der Berufskriegsverbrecher Henry Kissinger. Insbesondere die CIA wurde mit viel Geld ausgerüstet und beauftragt, Allendes Position zu unterminieren und in Chile politisches und wirtschaftliches Chaos zu stiften.

Um dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzutreten und dem unter gewaltigem ökonomischem Druck stehenden Andenland beizustehen, halfen die sozialistischen Länder, darunter insbesondere die DDR. Die Unterstützung für Allende betrachtete

die Partei- und Staatsführung als strategische Herausforderung und zugleich als Herzensaufgabe, nicht zuletzt wegen der frühzeitigen Anerkennung der DDR durch die sozialistische Regierung. Zwischen 1971 und September 1973 arbeiteten mehrere hundert DDR-Experten in Chile in der Kupferverarbeitung, der Chemieindustrie, der Fischerei, der Landwirtschaft, im Rundfunk und in vielen anderen Bereichen. Am 25. Januar 1973 lief der erste DDR-Frachter, die „Ferdinand Freiligrath“, in den Hafen von Valparaiso ein. Trotz ihrer beschränkten Möglichkeiten weitete die DDR ihre solidarische Unterstützung kontinuierlich aus, darunter auch ein Kredit in Höhe von 50 Mio. USD.

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass diese enorme Solidarität gerade nach dem Putsch fortgesetzt wurde. Insgesamt mehr als 5.000 Flüchtlinge nahm die DDR ab September 1973 auf und wurde damit zu einem Zentrum des chilenischen Widerstands gegen die Pinochet-Junta. Auch in Leipzig fanden eine Reihe von Chileninnen und Chilenen eine neue Heimat und auch eine neue berufliche Wirkungsstätte – eine besondere Rolle spielte dabei die Karl-Marx-Universität. Während die spätere sozialistische Präsidentin Michelle Bachelet im Jahr 1978 am Herder-Institut Deutsch lernt, sind schon viele Exil-Chilenen an der Karl-Marx-Universität Leipzig wissenschaftlich tätig oder als Studierende eingeschrieben. Die wohl interessantesten Akteure finden sich am „Lateinamerika-Seminar“ (LAS) der Sektion Geschichte zusammen, das unter der Leitung der Professoren Eberhard Hackethal und Manfred Kossok steht, letzterer ein herausragender Universalhistoriker und Schüler des berühmten Gelehrten Walter Markov. Während Hackethal das Verdienst zukommt, den stark gefährdeten Generalsekretär der



Prof. Eberhard Hackethal

Sozialistischen Partei Carlos Altamirano in einem Auto – versteckt zwischen Rücksitz und Kofferraum – Anfang November 1973 über die argentinische Grenze gebracht und somit vor Pinochets Schergen gerettet zu

haben, ist der renommierte (Lateinamerika-) Historiker Kossok der akademische Lehrer des bis heute wenig bekannten LAS-Kollektivs. Hier in der Sektion Geschichte im 25. Stock des Uni-Riesen wird in gebotener Vertraulichkeit über mögliche Strategien gegen Pinochet bis hin zum bewaffneten Kampf und Massenaufstand geforscht und diskutiert. Mit ihrem intellektuellen Potenzial und ihrer politischen Relevanz eroberte die sogenannte „grupo de Leipzig“ einen festen und unverrückbaren Platz in der Geschichte der chilenischen Linken. „El grupo“ gehörten u.a. der letzte Wirtschaftsminister der Allenderegierung José Cademátori Invernizzi sowie Patricio Palma an, möglicherweise der wichtigste Theoretiker der KP Chiles. Der Historiker und Ingenieur verteidigte 1986 erfolgreich seine Dissertation „Zur politischen Rolle der Streitkräfte Lateinamerikas (1960-1982)“. Als Vertrauter von Michelle Bachelet war Palma später Direktor der staatlichen Bergbaugesellschaft ENAMI.

Fünf Jahrzehnte nach dem blutigen Putsch ist das Erbe von Allende weit über Chile hinaus sehr lebendig. Den Mördern Pinochets gelang es auch nicht, die Erinnerung an Víctor Jara auszulöschen. Das Stadion, in dem er ermordet wurde, trägt heute seinen Namen und sieben seiner Mörder wurden vor wenigen Tagen vom Obersten Gerichtshof in Santiago de Chile endlich zu langen Haftstrafen verurteilt. Jaras Lieder sind noch immer weit über sein Heimatland hinaus sehr lebendig. Anlässlich des 50. Jahrestages der chilenischen Tragödie besucht die Tochter des Künstlers Amanda Jara zusammen mit der Musikerin Yolanda Marvel die Bundesrepublik für eine Tour des Gedenkens, organisiert vom Felsenkellers Leipzig und dem Autor dieser Zeilen. Erstmals treten sie gemeinsam in Deutschland auf und erinnern an das bewegte Leben und reiche Schaffen von Víctor Jara.

Der Blick geht dabei natürlich nicht nur zurück, sondern wird auch auf die aktuelle politische Situation im Land ausgerichtet, die nach dem gescheiterten Verfassungsreferendum im September 2022 sehr angespannt ist. Amanda Jara dazu: „Wir freuen uns sehr auf diese Tour. Nach dem Sturz Allendes war die Solidarität mit dem chilenischen Volk in der BRD, noch mehr aber in der DDR sehr groß. Das haben wir auch nach einem halben Jahrhundert keineswegs vergessen. Viele Landsleute fanden hier eine neue Heimat und leben mit ihren Nachkommen teilweise noch immer in Deutschland. Mit unseren Auftritten wollen wir aber natürlich vor allem das deutsche Publikum mit dem Werk meines Vaters und damit zugleich mit der revolutionären Geschichte und Gegenwart Chiles näher vertraut machen.“

Vor 100 Jahren verstorben: Julius Martow

Kurt Schneider Der heute fast vergessene Julius Martow (1873-1923) war einer der international bekanntesten marxistischen Theoretiker der Menschewicki. Anlässlich seines 100. Todestages hat der Berliner Dietz Verlag in seiner verdienstvollen Reihe biografischer Miniaturen eine von Wladislaw Hedeler herausgegebene Biografie „Julius Martow oder : Für die Diktatur der Demokratie“ veröffentlicht, die wesentlich sein Wirken als russischer Revolutionär in höchst konfliktreichen Jahrzehnten erhellt.

Am 24. November 1873 als Julius Zederbaum geboren, wurde Martow, so sein späterer Deckname, 1892 Mitbegründer der Gruppe Befreiung der Arbeit und 1895 Gründungsmitglied des St. Petersburger Kampfbunds zur Befreiung der Arbeiterklasse. Ebenso stand er an der Seite Lenins, als 1898 die Gründung der russischen Sozialdemokratie (SDAPR) erfolgte. Doch bereits auf dessen 2. Parteitag 1903 in London trennten sich ihre Wege, deren Ursache die Meinungsverschiedenheiten über den Charakter der Partei waren. Lenin, der mit aller Kraft für eine straff organisierte und konsequent disziplinierte Kampfpartei eintrat, beharrte auf der Formulierung: „Als Mitglied der Partei gilt jeder, der ihr Programm anerkennt und die Partei sowohl in materieller Hinsicht als auch durch die persönliche Betätigung in einer der Parteiorganisationen unterstützt.“ Dagegen plädierte Martow für eine elastischere Formulierung bezüglich des Charakters

der Partei und der Pflichten ihrer Mitglieder, was nach Lenin einer opportunistischen Zersetzung der Kampfpartei Tür und Tor öffnete. Dennoch Martow verfolgte einen Kurs des „demokratischen Sozialismus“, der seine Ablehnung der „Diktatur des Proletariats“, die im Programm der SDAPR festgeschrieben war, beinhaltete, da er in ihr ernsthafte Gefahren für einen demokratischen Weg zum Sozialismus sah. W. Hedelers sachkundige Interpretation, die sich zur „Macht der Demokratie“ bekennt, ist nicht nur aus historischer Sicht zuzustimmen.

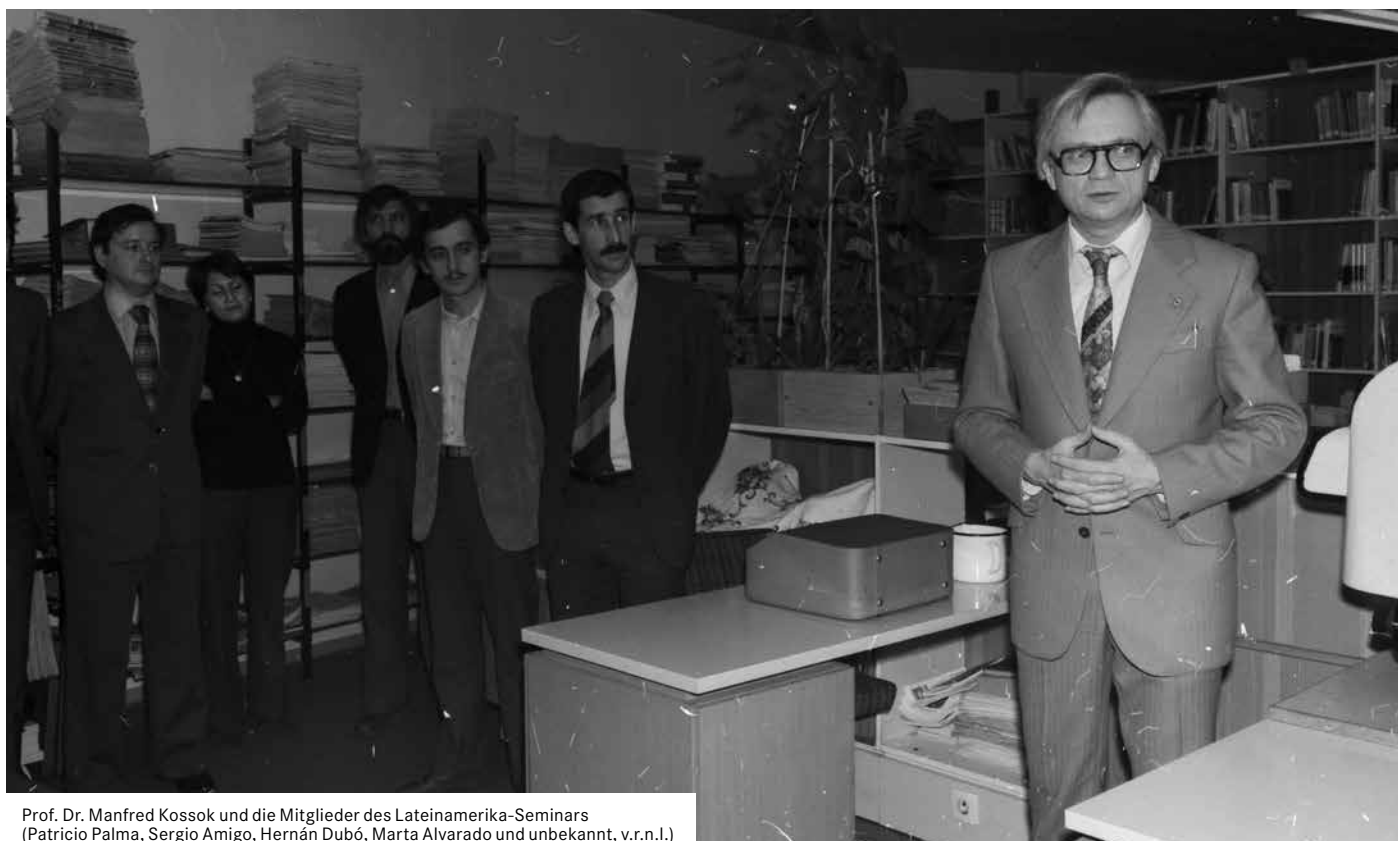
Schwer an Kehlkopfkrebs erkrankt, verstarb Martow im Exil am 4. April 1923 im Sanatorium in Schömberg (Landkreis Calw). Zu seiner Beisetzung am 11. Juni 1923 in Berlin-Wilmersdorf erwiesen ihm zahlreiche Kampfgefährten und Freunde, viele russische Exilanten und Mitglieder sozialistischer Parteien Europas die Ehre. Lenin, der laut Hedeler trotz grundlegender Meinungsverschiedenheiten seine schützende Hand über seinen Jugendfreund Martow gehalten hatte, bedauerte zutiefst seinen Tod, wie Maxim Gorki vermerkte, als „reiner Mensch“ und „bewunderswürdiger Genosse“.

Die inhaltsreiche Publikation enthält eingangs ein von W. Hedeler verfaßtes ausführliches Porträt von J. Martow, ergänzt durch dessen ausgewählte Texte aus den Jahren 1917-1923, sowie Texte über J. Mar-



tow, darunter von Leo Trotzki, Karl Radek und Nachrufe russischer sozialdemokratischer Organisationen. Der Anhang beinhaltet wichtige biografische Daten, ein Personenregister sowie ausgewählte Literaturangaben zu Reden, Schriften und Korrespondenzen in russischer und deutscher Sprache sowie zur Biografie J. Martow und weiterführende Literatur vom Herausgeber.

Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Julius Martow oder: Für die Diktatur der Demokratie. Karl Dietz Verlag Berlin, 200 S., 12,40 Euro.



Prof. Dr. Manfred Kossok und die Mitglieder des Lateinamerika-Seminars (Patricio Palma, Sergio Amigo, Hernán Dubó, Marta Alvarado und unbekannt, v.r.n.l.)

Max Klingers Hauptwerke nun in Leipzig vereint

Daniel Merbitz Von Wien nach Leipzig: MdbK restauriert „Das Urteil des Paris“

Das Museum der bildenden Künste Leipzig wird erstmals die drei monumentalen Hauptwerke von Max Klinger (1857-1920) „Das Urteil des Paris“, „Die Kreuzigung Christi“ und „Christus im Olymp“ gemeinsam ausstellen. „Die Kreuzigung Christi“ befindet sich seit 1918 im Bestand des Museums. „Christus im Olymp“ kam 1938 als Dauerleihgabe der Österreichischen Galerie Belvedere nach Leipzig und wurde in den Jahren 2007/2008 umfassend restauriert. Als Dauerleihgabe, ebenfalls aus dem Belvedere, folgt nun „Das Urteil des Paris“.

Die Restaurierung erfolgte öffentlich im Sommer: Das Publikum konnte zuschauen. Holzrahmen und Balken standen an die Wand gelehnt, davor ein großer Arbeitstisch, Ausdrucke von Details, Steinplatten, Werkfragmente, Scheinwerfer, Staffeleien, zwei große Leitern, Werkzeuge, Pinsel, Gläser. Das Werk besteht aus sieben Gemälden auf Leinwand, drei farbig gefassten Skulpturen aus Gips und 16 Schmuckrahmenteile sowie aus vergoldeten Gipselementen und gefassten Holzprofilen. Es kommt auf eine Länge von 7,52 m und eine Höhe von 3,70 m.

„Das Urteil des Paris“ aus dem Jahr 1887 kam 1901 als Schenkung des Klinger-Freundes, Förderers und Sammlers Alexander Hummel ans Wiener Museum Belvedere. Ich selbst erinnere mich, es im Jahr 2009 in Wien gesehen zu haben. 2017 wurde das gesamte Werk abgegeben und im Depot des Belvedere eingelagert.

Dieses Gemälde erzählt die alte griechische Geschichte vom trojanischen Königssohn Paris, der sich für die schönste Göttin entscheiden muss: Hera, Athene oder Aphrodite. Eine schwierige Entscheidung. Hera verspricht dem Königssohn Macht, Athene Heldenmut und Aphrodite hat Helena, die schönste Frau der Welt, im Angebot. Max Klinger zeigt uns einen ruhigen, fast desillusionierten Paris, vor arkadischer Landschaft, mit einem Mosaikboden als Laufsteg der Göttinnen. Ahnt Paris etwas von den Folgen? Er wird Aphrodite den Preis zusprechen und damit nimmt das Unheil seinen Lauf: Der Raub der bereits verheirateten Helena wird den Trojanischen Krieg auslösen.

Dieses anspruchsvolle Unterfangen ist ein weiteres Zeichen dafür, dass Leipzig als Zentrum für Max Klinger international anerkannt ist, schließlich ist er einer der Hausheiligen des Museums. Der Museumsdirektor Stefan Weppelmann ist stolz: „Das Museum der bildenden Künste Leipzig beherbergt den bedeutendsten Bestand an Werken von Max Klinger, der zeitlebens international vernetzt tätig war. So stand er etwa auch in regem Austausch zur Wiener Secession. Wichtige Frühwerke, wie der ‚Christus im Olymp‘ oder das ‚Pariser Urteil‘ gelangten nicht zuletzt deshalb in die Sammlung des Belvedere in Wien. Seit über 80 Jahren darf das MdbK im Rahmen des Klingerbestandes bereits mit Österreich kooperieren – es besteht also eine lange Partnerschaft, für die ich sehr dankbar bin.“

Das „Urteil des Paris“ wird als Dauerleihgabe für mindestens fünf Jahre in Leipzig zu sehen sein. Damit wird Klingers Wunsch erfüllt, alle drei Werke als Gesamtkunstwerk zu inszenieren. Eine kunsthistorische Sensation!

Prostitution und Gleichstellung – Ausverkauft!

Johanna Glameyer Manuela Schon liest bei SISTERS e.V. aus ihrem Buch

„Der Feminismus ist eine der erfolgreichsten Bewegungen der Welt. Dennoch gehören Sexismus und Diskriminierung, sexuelle Gewalt und Ausbeutung noch immer zum Alltag von Frauen. Prostitution, Pornografie und sexuelle Gewalt werden gespeist durch eine bis heute nicht überwundene sexistische Grundhaltung.“ So zu lesen bei den „Störenfriedas“, deren Anliegen es ist, den patriarchalen Frieden zu stören und sich für eine Gesellschaft jenseits von geschlechtlicher Unterdrückung einzusetzen.

① siehe <https://stoerenfriedas.de/sheila-jeffreys-make-up-und-schleier-laeuft-das-auf-das-gleiche-hinaus/>

Eine dieser Frauen ist Manuela Schon. Am 6.8.2023 las sie auf Einladung der Ortsgruppe des Verein SISTERS – für den Ausstieg aus der Prostitution! e.V. aus Ihrem Buches „Ausverkauft! – Prostitution im Spiegel von Wissenschaft und Politik“ (Tredition, 2021).

Manuela Schon ist Soziologin mit den Schwerpunkten Soziale Ungleichheit und Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen. Seit vielen Jahren referiert sie national wie international zum Thema Prostitution. Sie ist politische Aktivistin, Autorin, Bloggerin bei DIE STÖRENFRIEDAS, Podcasterin

und Referentin für die Koordinierungsstelle der Istanbul-Konvention der Landeshauptstadt Wiesbaden. Ihr Buch „Ausverkauft!“ gibt einen Einblick in verschiedene Aspekte des komplexen Themas Prostitution – von der feministischen Frauenforschung über Geschichte, Soziologie, Psychologie bis hin zur Kriminologie. Es beleuchtet besonders den Ansatz der Regulierung und Liberalisierung der deutschen Prostitutionspolitik und fokussiert auf die Rolle der Nachfrage, welche die Menschenhandelsströme am Laufen hält.

① siehe <https://manuela-schon.de/>

Begonnen hat Manuela Schon ihr Buch als Pandemie-Projekt, gedacht als eine Art Sammlung ihrer nationalen und internationalen Vorträge. Dabei kamen unvorhergesehene 528 Seiten zusammen, die dennoch nur einen Teil der komplexen Problematik abdecken. In ihrem Vorwort schlägt sie den Bogen von eigener Unkenntnis und Unbehagen bis zu der erschütternden Erkenntnis, dass Prostitution alle Frauen angeht und Gleichstellung nur durch Abschaffung der Prostitution erreicht wird.

Wie viele Frauen sich in Deutschland in der Prostitution befinden, ist unklar. Schätzungen

gehen von etwa 250.000 Frauen aus. Klar ist aber, dass die meisten der Frauen ein ähnliches Schicksal teilen. Für sie ist die Prostitution keine freie Entscheidung, sondern meist die letzte Alternative zu überleben. Klar ist auch, dass die meisten der Frauen aus Osteuropa kommen, oft sogar aus gleichen oder benachbarten Ort.

Untersuchungen zeigen, dass Männlichkeit, Gewalt und Dominanz gegenüber Frauen und Kinder besonders häufig in neonazistischen Zusammenhängen vorkommen. Hier herrschen ohnehin traditionelle Rollenverteilung, ausgeprägte hierarchische Strukturen und Überzeugungen vor, die Männer über Frauen stellen. Es existieren nachweislich enge Verbindungen zwischen diversen neonazistischen/faschistischen Vereinigungen, Motorradclubs, Rockmusikern, Clubbesitzern untereinander – mit Drogen- und Waffenhandel, Prostitution und Menschenhandel, Kinderpornografie, Gewalt und Missbrauch von Kindern und Frauen. Machtdemonstration und Erniedrigung von Frauen und Kindern, Schläge, Vergewaltigung, Tötung, dienen der Aufrechterhaltung eigener patriarchaler Positionen.

Gewalt, Zwang und Ausbeutung gehören



Max Klinger: „Das Urteil des Paris“ (1887), Restaurierungsarbeiten im Museum der bildenden Künste Leipzig, Dauerleihgabe des Museums Belvedere Wien.

zum Alltag prostituiertes Frauen und führt zu stark erhöhter Gesundheitsbelastung, wiederkehrenden Erkrankungen und Verletzungen, ungewollten Schwangerschaften und, in Folge, -abbrüchen. Hier ist eine zusätzliche Schwierigkeit, dass viele der Frauen keine Krankenversicherung besitzen und oft kaum die deutsche Sprache sprechen. Die Gynäkologin einer Hamburger Anlaufstelle pointiert die Situation der Frauen mit ihrer sinngemäßen Aussage: „Ich kenne keine Arbeit, die so gesundheitsschädlich und tödlich ist, wie diese - und hierbei betrachte ich nur die körperlichen Aspekte. Zu den psychischen können z.B. Traumatherapeut*innen noch weitere Auskunft geben.“

Die Frage, wie eine Änderung erreicht werden kann, beantwortet das sog. „Nordische Modell“, welches sich in Schweden seit gut 20 Jahren und gewissermaßen Vorwegnahme der Istanbul-Konvention etablieren konnte. „Das Nordische Modell umfasst fünf Säulen, die den Schutz und die Unterstützung für prostituierte Menschen verbessern, die Nachfrage nach Prostitution reduzieren und den Menschenhandel bekämpfen sollen sowie langfristig auf eine Gesellschaft ohne Prostitution zielen.“

① siehe Webseite von SISTERS e.V.

Säule 1 – Entkriminalisierung Prostituiertes

Das Nordische Modell erkennt die Notsituation der prostituierten Frauen an. Mit der Entkriminalisierung der Betroffenen wird verhindert, dass sie durch den Staat für etwas kriminalisiert werden, was sie im Grunde nicht tun wollen.

Säule 2 – Hilfe- und Unterstützungsprogramme

Prostituierten Frauen mit Hilfe von Ausstiegs- und Rehabilitationsprogrammen Alternativen zur Prostitution zu eröffnen, ist ein integraler Bestandteil des Modells. Notwendige Hilfen sind finanzielle Unterstützung, Unterkunft oder Unterbringung

in einem Schutzhaus, gesundheitliche Versorgung, psychologische Unterstützung (Traumatherapie), Aus- und Fortbildungsangebote, Dolmetscher*innen und Hilfe bei der Perspektivenentwicklung.

Säule 3- Sexkaufverbot

Deutschland ist zu einem Hauptzielland für Sextouristen geworden, in dem durch Ausbeutung Zuhälter und Menschenhändler jährlich geschätzt 14,6 Milliarden € verdienen. Die Nachfrage nach Prostitution und das Verhalten der Freier hängen unmittelbar mit Menschenhandel zusammen. Wird die Nachfrage reduziert, schrumpft der Prostitutionsmarkt und ist für Kriminelle uninteressant. Deshalb enthält das Nordische Modell die Säule des Sexkaufverbots: Freier machen sich durch das Erkaufen sexueller Handlungen strafbar. Sie riskieren zunehmend schwere Verurteilungen und, besonders in Schweden, durch öffentliche Prozesse und Berichterstattung, ihr Ansehen. In Ländern mit Nordischem Modell wurden Nachfrage und Menschenhandel deutlich reduziert. Für Freierkriminalisierung spricht auch, dass diese für sexuelle Handlungen bezahlen, die sie ohne Geldtransfer nicht erhielten. Prostituierte Frauen erleben sexuelle Handlungen ohne echten Konsens wie eine bezahlte Vergewaltigung. Solange eine Gesellschaft akzeptiert, dass Männer sich den Zugang zu Frauenkörpern kaufen, kann Gleichstellung nicht gelingen.

Säule 4 – Verbot des Profitierens aus der Prostitution anderer

Die Verfolgung von Tätern gestaltet sich schwierig, weil es die Aussage eines Opfers braucht, um einen Prozess führen zu können. Opfer fürchten jedoch (zu Recht), dass Tätergruppierungen sich rächen. Die Verurteilungsquoten sind folglich gering und entsprechend auch das Risiko der Täter, zur Rechenschaft gezogen zu werden. In Ländern wie Deutschland, mit legalisiertem Prostitutionsmarkt, ist das Profitieren aus der Prostitution anderer nicht grundsätz-

lich strafbar. Bordellbetreiber oder Zuhälter dürfen Frauen Geld abnehmen, solange es nicht ausbeuterisch ist. Ausbeutung nachzuweisen, ist gerichtlich aber kaum möglich. In Ländern mit dem Nordischen Modell ist deshalb jegliches Profitieren aus der Prostitution verboten. Das erleichtert die Strafverfolgung.

Säule 5 – Aufklärung und Prävention

Es gilt betroffene Gruppen, wie bspw. Mädchen und junge Frauen zu informieren. Die Aufklärung soll jedoch in die ganze Gesellschaft hineinwirken und die schädlichen Folgen der Prostitution für die betroffenen Frauen sowie für die Gesamtgesellschaft benennen. Studien und Umfragen belegen den Rückgang sowohl von Prostitution wie Menschenhandel, Gewalt- und Tötungsdelikten durch Freierkriminalisierung schon nach wenigen Jahren der Einführung der Gesetze. Bemerkenswert ist auch, dass es keine Belege dafür gibt, dass die Prostitution in den Untergrund verschwindet.

Mit dem Nordischen Modell sollen nicht nur Schutz und Unterstützung für prostituierte Frauen verbessert werden, sondern es geht um die gesellschaftliche Kernfrage: Soll Männern weiterhin das Recht zugestanden werden, Notlage und Benachteiligung von Frauen für ihre sexuelle Befriedigung auszunutzen zu dürfen oder wollen wir eine gleichberechtigte Gesellschaft, in der benachteiligte Gruppen unterstützt und integriert werden? Prostitution ist als Gleichstellungshindernis zu verstehen - wir sind erst frei, wenn es alle sind. Es ist also notwendig, einen Paradigmenwechsel in der deutschen Prostitutionspolitik zu bewirken, der Frauen vor Ausbeutung, Gewalt und Stigmatisierung schützt.

Auf ihrer Blog-Seite formulieren es die „Störenfriedes“ so: „Wir träumen von einer Gesellschaft, in der Frauen nicht wie Ware verkauft werden.“

Michael Brie in Rosas Salon: Sozialismus neu entdecken

Christian Annecke In der Verbrennungslehre spricht man von vier Bedingungen, die für ein Feuer unabdingbar sind: brennbarer Stoff, Sauerstoff und Zündenergie. Dazu noch das passende Mischverhältnis. So ähnlich ist es wohl auch mit einer Bewegung für den Sozialismus. Es braucht Menschen, die für etwas brennen und die einen langen Atem haben. Es braucht einen Funken und eine Melange, die dafür sorgt, dass die Stimmlosen eine Stimme und die Orientierungslosen einen Kompass bekommen.

Angebote dazu unterbreitete der Berliner Philosoph Michael Brie am 31. August in Rosas Salon im Leipziger Felsenkeller. Er tat dies im besten Brechtschen Sinne und vor vollem Hause. In seinem neuen Buch „Sozialismus neu entdecken – ein hellblaues Bändchen zu den Widersprüchen einer solidarischen Gesellschaft“ analysiert der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung nämlich nicht nur die historischen Erfahrungen und Fehler des real existierenden Sozialismus, sondern diskutiert auch die aktuellen Herausforderungen, die aus globaler Ungleichheit, Klimakrise und Demokratieabbau erwachsen, und skizziert die vielfältigen Ansätze und Bewegungen für eine soziale und ökologische Transformation. Hierbei stellt er Altbekanntes und in der politischen Linken tapfer Verteidigtes auf den Prüfstand. Vielleicht sogar im Sinne Rosa Luxemburgs, die 1916 in ihrer Diagnose der Krise der Sozialdemokratie gefordert hatte: „Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung.“

Gastgeber Manfred Neuhaus hatte eingangs die mutigen Interventionen seines Berliner Kollegen in der existentiellen Zerwirnis der Linken gewürdigt. Dessen Plädoyer für Augenmaß, Vernunft und ein neues Sozialismus-Verständnis stiftete solidarisches Miteinander.

Michael Brie begreift die Linke als Teil der Widersprüche im Kapitalismus und schreibt ihr ins Stammbuch: „Solange sie diese Widersprüche nicht begreift, sie nicht auf den Begriff bringt und einen Begriff von Sozialismus entwickelt, der dazu beiträgt, diese Widersprüche solidarisch auszutragen, wird sie sich – verkeilt in falschen Gegensätzen – selbst zerstören.“ (S. 10.) Man werde diesen oder jenen berechtigten Ansatz verabsolutieren und anderen Ansätzen unversöhnlich entgegenstellen. Jeder Teil der Linken werde den anderen Teil als Hauptfeind im eigenen Lager ansehen, statt an der solidarischen Bearbeitung der unvermeidlichen Widersprüche zu arbeiten.

Publikumsresonanz in Zeiten der Maladie du doute, der Krankheit des Zweifels, lässt Interesse an Fragen des Sozialismus erahnen. Wobei die Krankheit des Zweifels gegenwärtig vielmehr als eine Krankheit des Verzweifels erscheint. Denn Zweifel wecken will Michael Brie durchaus. Er wendet sich mit seiner Schrift „an die Nachdenklichen“ und sieht sich „im Geiste der ‚belehrten Unwissenheit‘“ (S. 15). Er stellt sich den Widersprüchen und dem Leiden der Linken in der gegenwärtigen Schreckstarre. Denn nichts erträgt die moderne Linke schwerer als das Bewusstsein ihrer eigenen Ohnmacht.

Brie skizzierte in seinem Vortrag die zentralen Thesen seines Buches. Dabei gelangen ihm treffende Vergleiche, die den Kälte- und Wärmestrom des linken Denkens und Handelns veranschaulichen. Er begann mit einer erhellenden Rückschau auf unverzichtbare Erfahrungen des 20. Jahrhunderts: Neben Thomas Manns Warnung vor dem Antikommunismus als Grundtorheit der Epoche, Albert Einsteins Essay „Warum Sozialismus?“ (1949) und der Formel des (damals in Leipzig lehrenden) Philosophen Ernst Bloch „Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie“ zählte er dazu auch jene Einsichten, die Menschen gewannen, die die Kindheit und Jugend in der DDR, das Erwachsenenleben jedoch in der Bundesrepublik verbrachten.

In weiteren Kapiteln des Buches resümiert Brie dann Auffassungen von Karl Marx, aber auch von Otto Neurath und Ludwig von Mises über Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, bevor er Karl Polynys neuen Ansatz von sozialistischer Wirtschaftsdemokratie würdigt und auf dieser Grundlage dem eigenen Sozialismusverständnis Konturen verleiht. Besonders bedeutsam dürfte sein, dass für Michael Brie dabei „der Widerspruch zwischen freier Entwicklung der Einzelnen und freier Entwicklung aller“ im Zentrum steht. (S. 20.)

In seinem Buch zitiert Brie auch Walter Benjamin: „Für den Dialektiker kommt es darauf an, den Wind der Weltgeschichte in den Segeln zu haben.“ (S. 10.) Dessen berühmte Metapher inspirierte ihn zu folgenden Überlegungen: „Nur eine an den Widersprüchen der realen Gesellschaft ansetzende ‚revolutionäre Realpolitik‘ (Luxemburg) kann die Segel gegen den Sturm der Geschichte setzen und eine sozialistische gerichtete Bewegung hervorbringen, die Ausdruck und Bearbeitungsform dieser Widersprüche ist. Wer sich nicht einfach von den Winden treiben lassen will, muss das Wie des Nutzens dieser Widersprüche verstehen. Genau dazu braucht es einen Begriff von Sozialismus.“ (S. 10.)

Wie bereits erwähnt, begreift der Berliner Philosoph die Linke explizit als Teil dieser Widersprüche und hofft darauf, dass je deutlicher die Widersprüche hervortreten, desto wahrscheinlicher Menschen widersprechen werden. Er plädiert für Begriffsarbeit als Bedingung erfolgreicher Praxis und fordert in einer Zeit des rasenden Stillstands durchaus selbstkritisch Skepsis und Mut zu eigenständigem Denken. Die Linke warnt er vor der Illusion, „den Widersprüchen emanzipatorischer Bewegungen entkommen zu können“, dies sei „das Opium der Linken“ (S. 15). In seinem Vortrag in Rosas Salon entwarf





Foto: Kay Kamieth



Foto: Birthe Kleemann

3 Bilder aus dem August

Bild links oben: Das Sommerfest des Stadtverbands Süd der LINKEN am 12. August 2023 war ein großer Erfolg! Die vielfältigen Angebote, darunter die Hüpfburg, das Kinderschminken und das Glücksrad, wurden mit Begeisterung angenommen und sorgten für strahlende Gesichter. Die positive Resonanz zeigt, dass das Fest eine gelungene Gelegenheit bot, Gemeinschaft zu erleben und Spaß zu haben.

Bild rechts oben: Am 12. Juli 2023 veranstaltete die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig ein #Klimapicknick, welches unter dem Motto "Wie gelingt Klimaschutz für alle?" stand. Von unseren beiden StadträtInnen Franziska Riekewald und Michael Neuhaus wurden dabei u.a. die Frage Wie können wir Klimaschutz in der Stadt umsetzen, sodass alle davon profitieren? und Maßnahmen für eine klimaangepasste Stadt mit den Anwesenden diskutiert.

Bild rechts unten: Seit dem 8. Juli 2023 läuft unsere Umsteuern Kampagne. Wir sagen: Es ist genug Reichtum vorhanden, er ist nur ungleich verteilt! Unsere Antwort auf den Sparkurs der Bundesregierung ist die Einführung eines gerechten Steuersystems. Menschen entlasten, Superreiche und Konzerne besteuern! Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten - Holen wir uns den Reichtum zurück!



Foto: Johannes Schmidt

Michael Brie die Grundzüge einer solidarischen, nämlich einer sozialistischen Gesellschaft, die auf einer partizipativen Wirtschaftsordnung, gerechter Verteilung des Reichtums und der Macht, kultureller Vielfalt und ökologischer Nachhaltigkeit beruht. Dieser „Sozialismus wird als eine Gesellschaft verstanden, die sich erstens ihrer kommunistischen Fundamente bewusst ist und diese verantwortungsvoll bewahrt und stärkt, sich zweitens an den Werten von Freiheit, Gleichheit und Solidarität ausrichtet und drittens Menschen ermöglicht, ein erfülltes Leben zu führen“ (S. 16). Die Lektüre des Buches erhellt, wie stringent Brie an der solidarischen Bearbeitung der unvermeidlichen Widersprüche arbeitet. Unüberhörbar seine Mahnung an Die Linke, diese Widersprüche solidarisch auszutragen. Denn diese sei nur so stark, wie sie einig und so schwach, wie sie gespalten ist.

Das von Alexander Schmidt und dem Unterzeichnenden moderierte Podiumsgespräch mit dem Autor war lebendig und spannend. Man könnte es auch unter das Motto stellen: „Der Sozialismus ist tot. Lang lebe der Sozialismus!“ Erinnert sei auch an Friedrich Engels, der für das Millionenpublikum der

„New-York Tribune“ 1851 notiert hatte: „Sind wir also einmal geschlagen, so haben wir nichts anderes zu tun, als wieder von vorn anzufangen. Und die wahrscheinlich sehr kurze Ruhepause, die uns zwischen dem Schluß des ersten und dem Anfang des zweiten Aktes der Bewegung vergönnt ist, gibt uns zum Glück die Zeit für ein sehr notwendiges Stück Arbeit“. (MEW. Bd. 8. S. 5 f.)

In der Debatte pointierte Michael Brie verschiedene Darlegungen seines Vortrages. Auf die Fragen aus dem Publikum antwortete er schlagfertig und nicht ohne Witz. Besonderes Interesse fand, was er über Einstiegsprojekte in eine radikale sozialökologische Transformation berichten konnte.

Und so ist und bleibt es unsere Aufgabe, die universellen Widersprüche als Diskordanz der Jetzt-Zeit zu erforschen. Nur so lässt sich diese Gesellschaft als ein Glimmen im Dunkeln der entfremdeten Mitternachts-sonne aushalten. Bibliotheken mit Büchern wie Michael Bries „hell-blauem Bändchen zu den Widersprüchen einer solidarischen Gesellschaft“ gelten hierbei nicht zu Unrecht als theoretische Rüst- und Schatzkammer.

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

■ **Stadtparteitag:** Am 21. Oktober 2023 findet die 2. Tagung des 8. Stadtparteitages von DIE LINKE. Leipzig ab 9:30 Uhr im Felsenkeller, Karl-Heine-Straße 32, statt. Auf ihr werden die Delegierten für den Bundesparteitag, die VertreterInnen zur Aufstellung der EU-Wahlliste neu gewählt. Ebenfalls wird der 1. Entwurf des Kommunalwahlprogrammes vorgestellt und diskutiert.

■ **Gremien:** Zur Durchführung des Parteitages wird für die verschiedenen Aufgaben, Gremien und Kommissionen (Auf- und Abbau, Mandatsprüfung-, Antrags- und Wahlkommission, Tagungsleitung) die Unterstützung vieler GenossInnen benötigt. Wer sich aktiv in die Organisation und Durchführung des Parteitages einbringen möchte oder bereits weiß, dass sie/er dort kandidieren will, sollte sich dazu bitte in der Geschäftsstelle melden. Kontakt: 0341 14064411 oder per Mail: Kay.Kamieth@dielinke-leipzig.de

**Drittes linkes Skatturnier in Sachsen**

Wann: Sa., 23. September 2022, ab 10 Uhr
Wo: Dezentral

Am Sonnabend, dem 23. September 2023, findet das nunmehr dritte landesweites Skatturnier in unserem Landesverband statt. Bereits jetzt könnt ihr Mitspiel-Orte anmelden: Für euren Ortsverband, in den lokalen Büros, auf eurem Lieblingsfreizeit, in eurem Kleingarten oder wo auch immer!

📍 Infos und Anmeldung auf skatturnier.dielinke-sachsen.de

Ressourcen schonen, Nachhaltigkeit ausbauen – Unsere Umwelt ist keine Ware!

Wann: So., 17. September 2023, ab 11 Uhr
Wo: Windmühlenstraße Ecke Grünwaldstraße

Bei den LINKEN wird es am Autofreien Sonntag eine inhaltliche Open-Air Diskussionsarena geben, welche sich kommunal-politischen Fragen bezüglich des nötigen Sozialökologischen Umbaus widmet.

Die Linke und der Plan für ein gerechtes Land – ein Weg aus der Krise?

Wann: Mi., 20. September 2023, 18 Uhr
Wo: Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10a

Die Basisgruppe Messemagistrale und das ZKM laden zu einer Diskussionsrunde zum „Plan für ein gerechtes Land“ der Partei DIE LINKE und zur momentanen Situation in unserer Partei sowie zu Möglichkeiten der perspektivischen politischen Arbeit ein.

Das Denken in Gelegenheiten: Politische Gelegenheiten nutzen und erkennen

Wann: Fr., 06. Oktober 2022, 18 Uhr
Wo: Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Wie können wir politische Gelegenheiten erkennen und nutzen? Was bedeutet es,

im Kairòs zu handeln, also im richtigen Moment das Richtige zu tun? Und welche politischen Strategien brauchen wir, um die herrschenden Verhältnisse zu verändern? Diese Fragen stehen im Zentrum des Buches "Die Gelegenheit ergreifen. Eine politische Philosophie des Kairòs" von Alexander Neupert-Doppler, das eine kritische Theorie der politischen Praxis entwickelt. In dieser Veranstaltung diskutieren wir seine Thesen und Beispiele. Wir fragen uns, wie wir Kairòs-Momente schaffen und nutzen können. Das Erkennen bietet keine Garantie des Erfolgs oder des Scheiterns, sondern ist eine Herausforderung für die politische Praxis.

📍 Anmeldung per Mail an christian.annecke@dielinke-leipzig.de

Auwald trocken, Flüsse leer und Hitzetote im September? Was kann Leipzig klimapolitisch (noch) reißen?

Wann: Mi., 11. Oktober 2022, 19 Uhr
Wo: linXXnet, Brandstraße 15

Der Stadtbezirksverband Süd lädt jeden zweiten Mittwoch zur offenen Mitgliederrunde ein. Bereits dieses Jahr steht ganz im Zeichen der Kommunalwahl im Mai 2024. Riesenthema auch in Leipzig: Umwelt- und Klimapolitik und die nachhaltige Stadt. Zu Gast haben wir unseren Genossen und Stadtrat Michael Neuhaus.

📍 Bei gutem Wetter ggf. Ortsänderung. Infos auf dielinke-leipzig.de

Regelmäßige Termine

Stadtvorstand

Wann: 2. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr
Wo: Liebknecht-Haus, Braustraße 15 und online

Der Stadtvorstand von DIE LINKE. Leipzig ist zwischen der Parteitagung das höchste Gremium des Stadtverbandes. Er trifft sich jeden Monat parteiöffentlich. Diese Treffen finden hybrid statt. Auf Nachfrage in unserer täglich besetzten Geschäftsstelle werden die Infos zu den Treffen gern zur Verfügung gestellt.

Beratung der Ortsvorsitzenden und AG-SprecherInnen

Wann: 3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr
Wo: Liebknecht-Haus, Braustraße 15 und online

Der Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der AGs dient dem Austausch zwischen Stadtvorstand und organisierter Basis bzw. interessierten Mitgliedern. Sie findet ebenfalls hybrid statt und ist für GenossInnen öffentlich. Wer dazu eingeladen werden möchte, sollte in unserer Geschäftsstelle Bescheid geben.

Impressum

Herausgeberin:
Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Redaktion: Kay Kamieth (v.i.s.d.P.), Ariane Barth, Steffi Deutschmann, Sören Pellmann, Alexander Schmidt.
Gestaltung: William Rambow
Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im kommenden Monat. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 02.10., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.